

Resolution des ordentlichen Landesparteitags am 19.11.2016 in Hanau – vorläufige Fassung

Politische Entwicklung in der Türkei gibt Anlass zu tiefster Sorge

Der Putschversuch in der Türkei ist zutiefst zu verurteilen und es ist legitim, gegen Putschisten und Terroristen mit allen Mitteln des Rechtsstaates anzugehen. Die Entwicklung in der Türkei ist gegenwärtig aber mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar.

Die massive Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, die in der Schließung von kritischen Medien und in der Massenverhaftung von Journalisten gipfelt, die Massenentlassungen bei der Polizei, der Justiz, von Lehrern und Hochschulwissenschaftlern sind rechtsstaatlich nicht legitimiert. Unter dem Ausnahmezustand wird der Vorwurf der Anhängerschaft des Predigers Gülen oder der Unterstützung der PKK, die als Terrorvereinigung verboten ist, offensichtlich dazu genutzt, alle Gegner von Präsident Erdogan und der Regierung der AKP zu kriminalisieren. Dabei wird häufig ohne rechtsstaatliches Verfahren der Besitz der Angeschuldigten konfisziert und ihre Existenz ruiniert.

Im Südosten der Türkei tobte ein weitgehend unbeachteter Bürgerkrieg, dem zahlreiche unschuldige Zivilisten zum Opfer fielen. Der von uns so begrüßte Friedensprozess mit den Kurden ist beendet.

Die Verhaftung von zwölf freigewählten Parlamentariern der HDP widerspricht allen demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen. Auch die Verhaftungen und Anklagen gegen kurdische Bürgermeister ist besorgniserregend.

Das Verhältnis zur EU und zu vielen Ländern ist zerrüttet. Erdogan droht, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Die Zahl der Asylsuchenden aus der Türkei in Deutschland hat sich vervierfacht.

Wir als Demokraten dürfen es nicht hinnehmen, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei mit Füßen getreten werden.

Aktuell hat die AKP einen Antrag für die Haftverschonung von verurteilten Tätern von Sexualdelikten gestellt. Alle bis zum heutigen Tag aufgrund von Sexualdelikten an Minderjährigen verurteilten Täter sollen straffrei bleiben, wenn sie das Opfer sofort heiraten. Laut Antrag seien diese Kinder – zwischen 12 und 15 Jahren – in der Lage, die Bedeutung des sexuellen Aktes zu verstehen; was einer strafrechtlichen Berücksichtigung bedarf. Die Herabsetzung der Altersgrenze und die Forderung der Haftverschonung sind abzulehnen und mit einem aufgeklärten Rechtssystem nicht vereinbar.

Wir fordern alle Politiker in Europa auf, diese Politik zu verurteilen und zu versuchen, auf die türkische Regierung einzuwirken, diese Politik zu beenden und sich wieder an fundamentale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Prinzipien zu halten.

Sollten weiter die Kriterien und Werte der Europäischen Union missachtet werden, müssen die Beitrittsgespräche ausgesetzt werden.